

## **USA: Studie belegt einmal mehr Schädlichkeit von Umpolungen**

**Wie wichtig ein Verbot der LGBTI+ feindlichen Conversion Therapien ist, zeigt einmal mehr eine neue Studie: So stecken hinter 80 Prozent der Fälle von Conversion Therapien religiöse Anführer, und diese schädlichen Praktiken führen bei den Opfern zu einem massiv höheren Risiko für Suizidversuche. Hinzu kommt, dass die Zahl jener Jugendlichen, welche sich diesen Therapien in den USA stellen mussten, erschreckend hoch ist.**

In einem Artikel, welcher im American Journal of Public Health erschienen ist, haben Wissenschaftler die Verbindung zwischen Conversion Therapien und Suizid bei jugendlichen LGBTI+ untersucht, und die Ergebnisse waren erschreckend. So zeigte sich, dass in den USA rund sieben Prozent aller LGBTI+ Jugendlichen zu einer solchen Therapie gezwungen wurden.

Dies ist ein alarmierend hoher Anteil, wenn man die schädlichen Auswirkungen in Betracht zieht, welche von diesen Praktiken ausgehen. Dabei zeigte sich, dass es sich in 80.8 Prozent der Fälle um religiöse Führer handelte, welche Conversion Therapien vollzogen.

Dabei bestand aber nicht bei allen jungen LGBTI+ das gleich hohe Risiko, dass sie zu einer Conversion Therapie gedrängt werden. So waren diese Methoden etwa bei Familien mit tieferen Einkommen und aus dem Süden des Landes, sowie mit einem religiösen Hintergrund, weiter verbreitet, ebenso wie bei Latinx und Hispanics.

Bei der Befragung von Jugendlichen zeigte sich auch, dass jene, welche eine Conversion Therapie über sich ergehen lassen mussten, alleine im vergangenen Jahr ein 2.5 Mal höheres Suizidrisiko hatten.

Wie das Trevor Project, welches die Studie in Auftrag gegeben hat, erklärt, zeigen diese Resultate deutlich, welche Gefahr von Conversion Therapien ausgehen. Damit verstärkt die Organisation einmal mehr die Forderung nach einem Verbot dieser LGBTI+ feindlichen Praktiken. Dies fordern auch die grossen Berufsverbände der Ärzte, Psychologen und Therapeuten schon lange.

Aktuell kennen 20 US-Bundesstaaten, sowie die Hauptstadtregion Washington DC und Puerto Rico, sowie weltweit unter anderen Malta, Taiwan und Deutschland ein solches Verbot. Joe Biden hat zudem erklärt, dass er ein landesweites Verbot in den USA umsetzen werde, sofern er im November gewählt wird.